TELEPOLIS

# Der geschmierte Pleitegeier

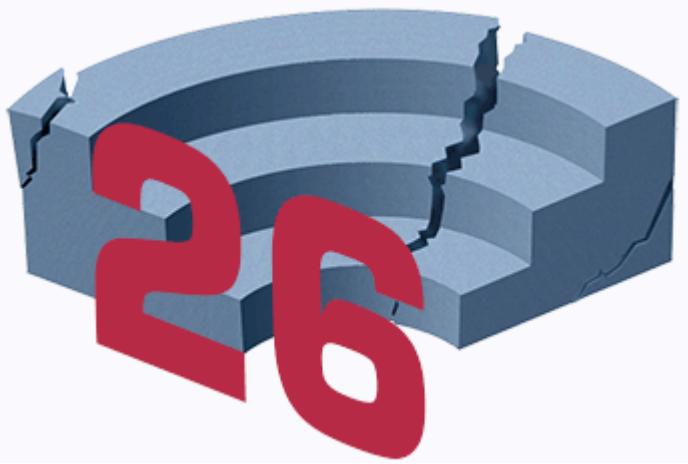
26. Mai 2014 Wolfgang J. Koschnick

**Städte und Gemeinden stehen am Abgrund. Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 26**

Die repräsentativen Demokratien vertreten nicht mehr die Interessen ihrer Völker. Das hat übrigens auch eine aktuelle Studie der Princeton University für die USA festgestellt. Ihr politischer Apparat entfaltet eine Eigendynamik, bei der die Bevölkerung nur noch als Anzapfquelle taugt. Am schmerzhaftesten ist das in den Städten und Gemeinden spürbar. Wenn deren Finanzen ruiniert sind, spürt das jeder einzelne Bürger: Schulen und Kindergärten verfallen, Schwimmbäder müssen schließen, marode Straßen und Brücken werden nicht mehr repariert, Museen, Theater, Bibliotheken werden geschlossen, Sportanlagen kommen herunter. Das Personal schrumpft, dafür aber steigen die Gebühren. Der Alltag aller Bürger wird bei sinkender Leistungsqualität immer teurer.

Teil 25: **Im Land der Brunnenvergifter [1]**

Die meisten der 13.378 Gemeinden, Städte und Kreise in Deutschland stehen am Rande des Abgrunds. Ihre Finanzen sind völlig ruiniert. In einem der reichsten Länder der Welt können Städte und Gemeinden inzwischen selbst ihre einfachsten Pflichtaufgaben kaum noch erfüllen.




Das gespenstische Schauspiel spielt sich in ähnlicher Weise in den meisten entwickelten Demokratien ab. Die Städte und Gemeinden in den USA, in Frankreich, Italien, Spanien und in vielen anderen demokratischen Ländern sind pleite oder stehen kurz davor. Ihre Infrastruktur verkommt. Die gewählten Volksvertreter haben sie zu Grunde gerichtet.

Man mag sich fragen: Wie kann es kommen, dass ausgerechnet im reichsten Land Europas, das sich doch so hervorragend durch alle Krisen gekämpft hat und sich selbst als leuchtendes ökonomisches Fanal für alle Nationen Europas versteht die öffentlichen Einrichtungen marode und kaputt sind: Fast

jede zweite Brücke muss dringend repariert werden, wenn man verhindern will, dass sie bald zusammenbricht. Andere können nur noch eingeschränkt benutzt werden.

Die Verkehrswege sind in einem jämmerlichen Zustand und stellen längst mit ihren Schlaglöchern eine ernste Verkehrsgefährdung dar. Und das alles nur, weil Politiker es besser fanden, sich bei der Eröffnung neuer Brücken und Straßen fotografieren zu lassen. Die Pflege der bestehenden Verkehrswege gibt fotografisch nichts her. Kann etwas lächerlicher sein als praktische Infrastrukturpolitik?

Eigentlich ein beispielloser Vorgang: Die Politiker des Systems, das die meisten Menschen in der Welt wohl noch immer für *die* ideale Regierungsform halten, haben die Länder, in denen sie regieren, von der nationalen bis hinunter auf die lokale Ebene erbarmungslos zerrüttet. Und die meisten Menschen glauben immer noch, etwas Besseres als die Demokratie gebe es nicht.

Dabei geschieht in allen entwickelten repräsentativen Demokratien und auf allen Ebenen stets dasselbe: Im Verlauf vieler Jahrzehnte verfestigt sich die Herrschaft der politischen Kaste. Sie entwickelt dabei zunehmend eigene Interessen, die sie immer weiter von der Gesamtbevölkerung entfernen. Und es entsteht ein Geflecht von Seilschaften und Beziehungen mit der lokalen Wirtschaft - bis zu dem Punkt, an dem das System "kippt" und sich gegen die Gesamtbevölkerung richtet. Und am Ende ist der Bürger nur noch der Staatsfeind Nummer eins.

Die politische Kaste löst sich von denen, die sie vertreten sollte, immer weiter ab und ist vorwiegend mit dem Erhalt der eigenen politischen Macht, mit der eigenen Versorgung, der Pflege des eigenen Images und des eigenen Prestiges beschäftigt. Das ist ihr vorrangiges und im Prinzip einziges Interesse.

Den Machterhalt organisiert sie vorwiegend durch Kreditaufnahme. Da sie die wachsenden Millionen- und Milliardenkredite nur bekommt, indem sie die öffentlichen Haushalte belastet, sind diese progressiv und auf allen politischen Ebenen bis an die Oberkante verschuldet.

## Die destruktive Eigendynamik des politischen Apparats

Dieser Punkt ist in den meisten entwickelten Demokratien seit langem erreicht. Die repräsentativen Demokratien vertreten nicht mehr die Interessen der Bevölkerungen - sie sind nicht länger Diener des Gemeinwohls. Der politische Apparat auf allen Ebenen - der internationalen, der europäischen, der nationalen und der lokalen - entfaltet eine Eigendynamik, bei der die Bevölkerung nur noch als Anzapfquelle taugt.

Nirgendwo ist das schmerzhafter als in den Städten und Gemeinden spürbar; denn die unterste Ebene ist nun einmal näher an der Bevölkerung als alle anderen. Und wenn deren Finanzen ruiniert sind, wirkt sich das unmittelbar auf den einzelnen Bürger aus: Schulen und Kindergärten verfallen, Schwimmbäder müssen schließen, marode Straßen und Brücken werden nicht mehr repariert, Museen, Theater, Bibliotheken werden geschlossen, Sportanlagen kommen herunter, das Personal

schrumpft, dafür aber steigen die Gebühren. Der Alltag aller Bürger wird bei sinkender Leistungsqualität immer teurer.

Mittlerweile haben die Menschen in vielen Kommunen das Heft in die eigenen Hände genommen und bessern die Schule ihrer Gemeinde selbst aus, damit ihre Kinder nicht Schulen besuchen müssen, in die es hineinregnet.

So respektabel solche Eigeninitiativen sind, werfen sie doch ein betrübliches Bild auf die Realität: Erst haben die Politiker die öffentlichen Haushalte ruiniert, und dann übernehmen die Bürger - die das nicht zu verantworten haben - dafür auch noch die Verantwortung und finanzieren die ruinöse Wurstelei der Politiker, indem sie leisten, was die Politiker nicht zu leisten im Stande sind; denn deren Hauptbeschäftigung besteht ja mittlerweile nur noch darin, das Chaos zu verschärfen, das sie selbst angerichtet haben.

Da auf allen politischen Ebenen demokratisch gewählte Repräsentanten agieren, ist eine ihrer Lieblingsbeschäftigungen die öffentliche Schuldzuweisung: Wer ist schuld an dem ganzen Schlamassel?

Natürlich immer die anderen: Aus Sicht der Kommunalpolitiker gibt es da nicht einen Hauch des Zweifels. Natürlich ist es die Bundespolitik und die Politik des jeweiligen Bundeslandes. Und aus der Sicht der gescholtenen Landes- und Bundespolitiker ist die Sache nicht minder klar. Natürlich haben die Städte und Gemeinden völlig über ihre Verhältnisse gelebt, viel zu hohe Schulden gemacht und viel zu viele protzige Lokalprojekte in die Landschaft gestellt, die keiner braucht.

Und der unbefangene Beobachter kann sich die Sache auch ganz einfach machen: Alle sind sie verantwortlich. Ohne Ausnahme.

Die haben einander gegenseitig nichts vorzuwerfen; denn für die Zerrüttung der Finanzen in den Kommunen tragen alle - Europapolitik, Bundespolitik, Landespolitik und Kommunalpolitik - die Verantwortung.

Jeder hat seinen Teil dazu beigetragen. Und jeder hat nach Kräften versucht, die Schulden von der eigenen Ebene auf eine der anderen Ebenen zu schieben. Der Bundespolitik ist das ohne Zweifel am besten gelungen.

Die Gewissen- und Verantwortungslosigkeit der politischen Repräsentanten auf Bundes- und Länderebene ist so grenzenlos, dass sie in den letzten Jahren und Jahrzehnten damit angefangen haben, die Finanzen der Städte und Gemeinden systematisch zu ruinieren, nachdem sie damit bei den Finanzen der Länder und des Bundes schon so erfolgreich waren, dass da nur noch wenig zu holen ist.

Die Städte und Gemeinden sind durch die Misswirtschaft der politischen Parteien und ihrer Repräsentanten inzwischen so heruntergewirtschaftet, dass Kommunalpolitiker händeringend auf der

Suche nach neuen Geldquellen sind und auch vor nacktem Missbrauch nicht zurückschrecken.

Schließlich wursteln auch in den Kommunen nur Politiker vor sich hin, die ihre Finanzen zum Teil selbst in den Ruin gewirtschaftet haben oder aber durch die Entscheidungen ihrer Amtskollegen auf Länderebene oder Bundesebene zerrüttet wurden und nun öffentliche Leistungen nicht mehr erbringen können, für die sie eigentlich da sind.

Das ist nach allem, was über die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung in repräsentativen Demokratien bekannt ist, auch nicht weiter verwunderlich; denn in den Entscheidungsgremien der Kommunen agiert ja im Prinzip die gleiche Mischpoke von Politikern wie auf Länder- und Bundesebene.

Der Bund und die Länder verplempern Geld, das vor Ort dann fehlt. Trotz boomender Konjunktur und reichlich fließender Steuereinnahmen sind die Haushaltslöcher der deutschen Kommunen so groß wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Und riesig waren sie schon immer.

Die Verschuldung der Kommunen hatte schon in den 1980er Jahren atemberaubende Ausmaße. Und am Rande der Pleite standen schon damals **viele Städte [2]**. Die verantwortlichen Politiker können sich also auch nicht mit den Lasten der Wiedervereinigung herausreden. Das Elend reicht viele Jahre weiter zurück in die Vergangenheit.

## Wirtschaftspolitik nach dem Prinzip des Verschiebebahnhofs

Aber in den letzten Jahren hat die Verschuldung noch einmal eine ganz neue Dimension erreicht, seit nämlich die Politik des Bundes und der Länder sich darauf verlegt hat, den Städten und Gemeinden systematisch neue Aufgaben aufs Auge zu drücken, ohne auch dafür zu sorgen, dass diese Aufgaben finanziert werden können.

Nach dieser Methode haben Bund und Länder die eigenen Lasten bequem weitergewälzt. Nachdem die Politik der gewählten Repräsentanten die Finanzen der Länder und des Bundes erfolgreich zerrüttet hat, hat sie in den Kommunen ein neues Opfer ihrer Verantwortungslosigkeit gefunden.

So sind den Städten und Gemeinden gewaltige neue Aufgaben auferlegt worden, mit denen sich der Bundeshaushalt aus der eigenen Schuldenkrise zu schummeln versucht. Die belasten nun den Bundeshaushalt nicht mehr.

Aber die Städte und Gemeinden müssen diese neuen Aufgaben leisten, bekommen dafür aber kaum zusätzliche Mittel. Wie sie das bewerkstelligen sollen, ist völlig schleierhaft. Den verantwortlichen Politikern geht das schlichtweg am Rücken vorbei. Tatsächlich hat vor allem der Bund den Gemeinden gigantische finanzielle Bürden aufgehalst und lässt sie bei der Bewältigung der zusätzlichen Lasten allein im Regen stehen.

So hat beispielsweise das Wachstumsbeschleunigungsgesetz von Dezember 2009 den Eigentümern von Hotels zusätzliche Einnahmen von über einer Milliarde Euro beschert. Aber die Städte und

Gemeinden verlieren dadurch pro Jahr 1,6 Milliarden Euro. Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise flossen allein 2009 sieben Milliarden Euro weniger in die Gemeindekassen, während zugleich die Sozialkosten für die Unterbringung von Langzeitarbeitslosen dramatisch stiegen.

Da kann eine Stadtverwaltung noch so sparen, wenn die Bundespolitik dann ein neues Gesetz beschließt oder sich die konjunkturelle Lage ändert, dann gehen alle Einsparungen wieder flöten. Städte und Gemeinden haben keine vollständige Autonomie über ihre Finanzen. Bundes- und Landesgesetze können ihnen jederzeit einen Strich durch ihre Rechnungen machen.

So versuchte beispielweise 2010 die Stadt Ludwigshafen, durch Erhöhung der Grundsteuer und die Schließung eines Schwimmbads ihr dreistelliges Millionendefizit wenigstens um einen kleinen einstelligen Millionenbetrag zu vermindern.

Doch dann kam das Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Die daraus folgenden Steuersenkungen und einige andere Regelungen der Bundesregierung, etwa zur Gewerbesteuerumlage, belasteten den städtischen Haushalt mit zusätzlichen 15 Millionen Euro. Die Bundesregierung vereitelte so das Sparprogramm einer Stadt, ohne dass die Stadt sich dagegen wehren konnte.

Die Bundespolitik rühmt sich auch dafür, dass sie seit 2013 Eltern einen gesetzlichen Rechtsanspruch ihrer dreijährigen Kinder auf einen Platz in einer Kindertagesstätte garantiert. Was für eine großartige Sozialtat. Bauen müssen aber die Städte und Gemeinden die neuen Kitas. Doch zusätzliches Geld kriegen die nicht. Da haben sich die fabelhaften Bundespolitiker rasch aus dem Staub gemacht…

Bundesgesetze sorgen auch dafür, dass große Konzerne immer weniger Gewerbesteuer zahlen müssen. Aber die Landeszuweisungen reichen nicht für die Aufgaben, die den Kommunen zum Beispiel im Zusammenhang mit Hartz IV übertragen wurden.

Betreuung von Kindern, Jugendhilfe, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Eingliederungshilfe für Behinderte - die Ausgaben summieren sich inzwischen auf mehr als 40 Milliarden Euro. Die über die Jahre gestiegenen Soziallasten machen bei den Kommunen heute 50 Prozent der Ausgaben aus, unter anderem Leistungen für Unterkunft und Heizung für Hartz-IV-Empfänger, Eingliederungshilfe, Grundsicherung.

Die Städte und Gemeinden fühlen sich dadurch ungerecht behandelt. Sie beharren auf dem *Konnexivitätsprinzip*. Das klingt etwas komplizierter, als es ist. Es ist so eine Art Anwendung des Verursacherprinzips auf die Politik.

Bund und Länder können Gesetze erlassen, mit denen sie die Kommunen verpflichten, bestimmte öffentliche Aufgaben zu erfüllen. Allerdings müssten sie ihnen auch das Geld zur Verfügung stellen, das dafür gebraucht wird. Sonst kann das nicht funktionieren.

Doch genau das tun Bund und Länder nicht. Sie übertragen den Kommunen gezielt Aufgaben, ohne ihnen dafür auch die erforderlichen Mittel bereit zu stellen. Der Grundsatz lautet also: Wer bestellt,

muss auch zahlen. Wer ein Gesetz erlässt, trägt die dadurch entstehenden Kosten.

*Konnexität* zwischen Aufgaben und Ausgaben nach dem Grundsatz der Gesetzeskausalität würde dementsprechend bedeuten, dass der Gesetzgeber die Kosten der durch seine Gesetzgebung beschlossenen Aufgaben auch selbst zu tragen hat.

Das ist sehr vernünftig und auch für jedermann nachvollziehbar. Schließlich kann ja auch keine Stadt beschließen, dass ihre eigenen Ausgaben fortan aus dem Bundeshaushalt bezahlt werden. Aber der Bund kann umgekehrt beschließen, dass bisherige Bundesausgaben aus den Stadtsäckeln bezahlt werden müssen.

Die Debatte über das Konnexivitätsprinzip wird erbittert geführt. Der Deutsche Städtetag wehrt sich vehement dagegen, dass den Städten und Gemeinden laufend neue Kosten aufgehalst werden. Die Debatte ist - wie so viele öffentliche Debatten in den demokratischen Systemen - relativ müßig; denn der Effekt, Belastungen von der Landes- und der Bundesebene auf die kommunale Ebene abzuwälzen, ist ja durchaus nicht unbeabsichtigt.

So wird in demokratischen Systemen Politik gemacht: Schuldenberge werden aufgetürmt und verschoben - egal wohin, Hauptsache weg und Hauptsache, man findet noch einen, bei dem man das machen kann. Noch beliebter als zu den Kommunen ist die Verschiebung von Lasten zu den Steuerzahlern. Die zahlen inzwischen ja sogar die Stromrechnungen der viel Energie verbrauchenden Konzerne…

Dass Bundes- und Länderpolitik die Kommunen belasten, bedeutet ja nun allerdings nicht, dass die Stadt- und Gemeindepolitiker Gründe hätten, ihre Hände in Unschuld zu waschen. Denn die hohe Kunst der Misswirtschaft und Verschwendung von Steuergeldern beherrschen die Provinzpolitiker mindestens ebenso gut wie ihre Kollegen in den Bundesländern und im Bund.

## Amigos beherrschen das lokale Baugeschäft

Die Vielzahl der kommunalpolitischen Narreteien und Anwandlungen von Großmannssucht füllt jedes Jahr große Teile des "Schwarzbuchs", das der Bund der Steuerzahler herausgibt. Die Kommunalpolitiker sind sich ebenso wie alle anderen politischen Repräsentanten nicht ihrer Verantwortung bewusst. Auch ihr vorrangiges Ziel ist es, wiedergewählt zu werden. Und in den Stadt- und Gemeinderäten sitzen hauptsächlich Leute, die eher noch weniger von wirtschaftlichen Zusammenhängen verstehen.

Die Städte und Gemeinden haben einen gehörigen Anteil an ihrer eigenen Misere. Misswirtschaft gehört bei allen Bauprojekten zum Alltag. Die schleichende Balkanisierung Deutschlands hat inzwischen dazu geführt, dass ganze Städte fest in der Hand der örtlichen Bau-Mafia sind.

Auch dies ist ein sehr langwieriger Prozess, der sich bis hin zur Spätphase der repräsentativen Demokratie ständig verstärkt hat. Im Laufe vieler Jahrzehnte haben sich zwischen den lokalen Klüngeln und Seilschaften auf der einen und den von der Vergabe öffentlicher Aufträge lebenden

Firmen Amigo-Beziehungen etabliert, die im doppelten Sinn des Worts wie "geschmiert" funktionieren.

So ist es zur absoluten Regel geworden, dass Bauunternehmen bei örtlichen Bauvorhaben und die Mitarbeiter in der Kommunalverwaltung einander die Hände reichen und sich regelrecht gegen die Interessen der Steuerzahler und Bürger zusammenrotten.

Bei öffentlichen Ausschreibungen hat der Betrug Methode. Da legen Anbieter bei öffentlichen Ausschreibungen Angebote im Niedrigstbereich vor, von denen jeder der Beteiligten von Anfang an weiß, dass sie nie gehalten werden können.

Da in der Praxis meist nur der zum Zuge kommt, der das billigste Angebot abgibt - und nicht das günstigste oder gar das wirtschaftlichste -, ist der Betrieb, der vernünftig und qualitätsorientiert kalkuliert, zwangsläufig im Nachteil.

Es gibt Ausschreibungen, in denen der Abstand vom teuersten zum billigsten Angebot bis zu 50 Prozent beträgt. Vom Mittelfeld zum billigsten sind es immer noch 20 bis 30 Prozent. Solche Unterschiede sind wirtschaftlich nicht zu begründen. Dadurch sind auch die Baupreise abgeglitten, und die Qualität ist den Bach ‘runtergegangen.

Dabei muss sich die öffentliche Hand bei der Vergabe eines Bauauftrags nicht zwangsläufig für den billigsten Anbieter entscheiden. Vielmehr soll sie das "wirtschaftlichste" Angebot wählen. So wenigstens steht es in der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), dem Werk, das die Regeln für die Vergabe öffentlicher Bauaufträge formuliert.

Das wirtschaftlichste Angebot ist aber in Wahrheit auch das billigste Angebot; denn rechnet man eventuelle spätere Schäden ein, werden alle anderen Angebote viel teurer.

Solange das System der öffentlichen Ausschreibungen nicht so umgestellt wird, dass derjenige den Auftrag erhält, der vernünftig kalkuliert, ist mit einer Besserung nicht zu rechnen. Wenn dann der Zuschlag erteilt ist, wird überhaupt erst richtig gerechnet, und dann schnellen die tatsächlichen Preise aufs Doppelte, Dreifache, Fünffache und auch schon mal das Zehnfache in die Höhe.

Um bei Bauprojekten an Aufträge zu kommen, wird häufig geschmiert und anschließend gepfuscht. Betrügereien, illegale Preisabsprachen und Bestechung bei Bauvorhaben kosten die öffentliche Hand mindestens zehn Milliarden Euro im Jahr, schätzen Branchenbeobachter.

So nimmt es auch nicht wunder, dass die Medien alle paar Wochen ausgiebig über lokale Bau- und Betrugsskandale berichten. Die öffentliche Debatte erhitzt sich zurzeit stets an der Handvoll Milliardengräber wie BER, Elbphilharmonie und Stuttgart 21, bei denen das Totalversagen der öffentlichen Auftraggeber offensichtlich ist. Doch die Konzentration auf diese drei Beispiele pompösen Versagens lenkt davon ab, dass grundsätzlich bei allen Doch die Konzentration auf diese drei Beispiele pompösen Versagens lenkt davon ab, dass grundsätzlich bei allen öffentlichen

Aufträgen Milliardensummen verschleudert werden. Und was hat es da in letzter Zeit nicht alles an Skandalen gegeben?

► Am Anfang waren sich alle politischen Parteien in Hamburg einig: Die Elbphilharmonie sollte ein Prachtstück und ein Touristenmagnet werden. Doch dann explodierten die Kosten. Inzwischen ist das Prestigeprojekt zum Lieblingsthema der Kabarettisten und Komiker geworden. Wann wird es fertig? Wer kann das schon wissen? Was wird es die Steuerzahler am Ende kosten? Wer soll das ahnen?

Ursprünglich war für die Stadt ein Kostenanteil von 77 Millionen Euro veranschlagt worden. Auch der Eröffnungstermin wurde seit der Grundsteinlegung im April 2007 stets verschoben. Die Kosten für die "Gläserne Welle" auf einem alten Kaispeicher stiegen auf mittlerweile 789 Millionen Euro. Mehr als das Zehnfache. Die Eröffnung wurde mehrmals von 2010 auf 2017 verschoben. Aber da ist das letzte Wort bestimmt noch nicht gesprochen.

► Der Bau der LTU-Arena in Düsseldorf mit 51.484 Sitzplätzen verschlang 218 Millionen Euro. Im Vergleich kostete das Mönchengladbacher Stadion im Borussia-Park, das etwa gleichzeitig - 2004 - entstand und mit rund 54.000 Plätzen sogar größer ist, kaum 90 Millionen Euro. Der Bau kostet den Düsseldorfer Steuerzahler pro Jahr zwischen 8,5 und 12 Millionen Euro.

► Völlig unberührt von den eigenen Sparappellen und der objektiv bestehenden Notwendigkeit zu maßvollem Haushaltsgebaren versenken die Lokalpolitiker derzeit immense Summen in protzige Fußballstadien für Vereine der Dritten und der Vierten Liga - Vereine, deren Anhängerschaft auf einen harten Kern von wenigen lokalen Fans zusammengeschmolzen ist.

Ein geradezu morbider Baurausch hat einige Städte und ihre Fußballvereine übermannt. Sie klotzen - besonders vor Wahlen - auf Kosten der Steuerzahler überdimensionierte Fußballpaläste in die Landschaft, die niemand braucht und niemandem nützen; schon beim Bau verschlingen die Protzpaläste zwar schon stattliche Millionenbeträge und in Zukunft kommen noch laufende Kosten von mehreren Millionen für unausgelastete Stadien hinzu. Fehlinvestitionen sind ein teurer Luxus.

So plant die Pleitestadt Essen für 43 Millionen Euro ein neues Stadion mit über 20.000 Plätzen, obwohl der Verein Rot-Weiß Essen gerade erst in die 4. Liga abgestiegen ist, die Stadt Essen mit einer Verschuldung von über 3,1 Milliarden Euro zu den am höchsten verschuldeten Kommunen Deutschlands zählt und überhaupt nur mit 100 Millionen Euro an Hilfsgeldern des Landes Nordrhein-Westfalen künstlich am Leben gehalten wird.

In einer dritten Baustufe soll das Stadion auf 35.000 Zuschauerplätze aufgestockt werden. Dabei können Vereine der 4. Liga schon froh sein, wenn sie ab und zu einmal um 5.000 Besucher in ihre Stadien bringen.

Ähnlich verschwenderisch geht die Stadt Saarbrücken mit Steuergeldern um und baut zu Anfangskosten von 28 Millionen Euro ein neues Fußballstadion mit 22.000 Plätzen, obwohl sie mit über 1 Milliarde Euro verschuldet ist. Allerdings ging es bei der Planung gerade darum, eine Wahl zu

gewinnen, und da ist nun einmal jedes Mittel recht. Dabei ist der 1. FC Saarbrücken erst 2011 in die 3. Liga abgestiegen und dürfte mit seiner müden Kickerei kaum ein Drittel der Zuschauerplätze gefüllt bekommen.

Die Stadt Chemnitz beschloss 2011 den Bau eines neuen Fußballstadions mit 15.000 Plätzen für 23 Millionen Euro, obwohl der Chemnitzer FC seit Jahren in der 3. Liga spielt. Wer die kommunale Praxis kennt, weiß, dass die zu Beginn von Projekten angesetzten Kostenschätzungen oft um ein Vielfaches übertroffen werden.

Der kommunale Großmannsprotz feiert ungeachtet aller Finanzkrisen weiterhin fröhliche Urständ'. Es ist einfach viel zu schön für wackere Kommunalpolitiker, sich im Wahlkampf mit Schutzhelm und Spaten als großartige Macher und Männer der Tat abgebildet in den lokalen Medien abgebildet zu sehen. Das sind Siegerposen, die etwas hermachen. Was kümmert einen da kleinkarierte Pfennigfuchserei wegen der läppischen paar Millionen?

► Der über viele Jahre verschleppte Schürmann-Bau in Bonn, ein Bürogebäude, gilt mit Baukosten von etwa 700 Millionen Euro als eines der teuersten Gebäude der deutschen Nachkriegsgeschichte. Es beherbergt heute die Zentrale der Deutschen Welle, nachdem es ursprünglich als Abgeordnetenbüro geplant war und 1993 durch ein Rheinhochwasser schwer beschädigt wurde.

► Pfusch am Bau führte im März 2009 zum Einsturz des Kölner Stadtarchivs. Schaden mehr als 700 Millionen Euro.**1 [3]**

Zwei Menschen starben. Beim Bau der Kölner U-Bahn waren in einer Außenwand, die den U-Bahntunnel sichern sollte, zu wenig Eisenbügel eingeflochten worden. Die nicht verwendeten Eisenbügel waren an einen Schrotthändler verkauft worden.

► Bei den Arbeiten für das U-Bahn-Projekt Wehrhahnlinie in Düsseldorf wurden 2010 Vermessungsprotokolle für Stütz- und Schutzwände nicht ordnungsgemäß erstellt. Außerdem waren, wie üblich, die Kosten davongerannt. Statt der budgetierten 650 Millionen kostet die Wehrhahnlinie mindestens 750 Millionen Euro.

► Beim Bau des Saarland-Museums in Saarbrücken explodierten die Kosten trotz großer Baumängel. 2009 ging man in Saarbrücken an den Bau des vierten Pavillons der Modernen Galerie. Die Kosten waren ursprünglich auf 9 Millionen Euro geplant. Nach kurzer Zeit stiegen sie auf 30 Millionen, obwohl der Bau noch nicht fertig war. Längst sind Dokumente aufgetaucht, die nachlegen, dass die Kosten anfangs gezielt kleingerechnet wurden. Danach wurden Kosten "auf Wunsch nicht berücksichtigt".

► Ein dubioser Investor aus Korea wollte in Bonn ein großzügiges Kongresszentrum bauen. Doch das World Congress Center wurde bis 2010 nur ein Rohbau. Der Investor flüchtete, und die Kommunalpolitiker hatten sich über den Tisch ziehen lassen und wohl auch mit dem Investor kollaboriert.

► Einen ganz normalen Disput um explodierende Kosten gab es 2011 bei der Restaurierung des Technischen Rathauses in Greifswald. Ursprüngliche Umbaukosten von rund 6 Millionen Euro stiegen 2007 auf 8,5 Millionen und dann 2010 auf 13,5 Millionen Euro.

► Dies ist der ganz normale kommunale Bau-Alltag: In Konstanz am Bodensee wurde ein alter Radfahrer- und Fußgängerübergang über die Bahngleise abgerissen und 2009 neu gebaut. Aus bescheidenen Planungskosten von 1,2 Millionen Euro wurden am Ende 4,1 Millionen.

Es ist völlig unproblematisch, noch hunderte, ja tausende von weiteren Beispielen anzuführen. Man braucht auch erst gar nicht auf Milliardengräber wie den Hauptstadtflughafen BER in Berlin-Schönefeld oder Stuttgart 21 zurückzugreifen; denn im Prinzip wiederholt sich stets dasselbe abenteuerliche Schauspiel: Die örtliche Bau-Mafia trickst bei der Vergabe kommunaler Aufträge und findet entweder willige Helfer in den kommunalen Behörden oder aber, die Kommunalpolitiker und ihre Behörden lassen sich gnadenlos über den Tisch ziehen.

So oder so sind die Steuerzahler die Betrogenen - und da ist es relativ gleichgültig, ob sie den Betrug der Unfähigkeit oder der Korruptheit der Lokalpolitiker zu verdanken haben.

Wenn ein Anbieter einen Kostenvoranschlag vorlegt und sich anschließend nicht daran hält, kann man ihn verklagen. Jeder Privatmann kann sich mit sehr guter Aussicht auf Erfolg vor Gericht dagegen zur Wehr setzen.

Kein Anbieter darf einen Kostenvoranschlag um mehr als zwanzig Prozent überschreiten. Doch bei Städten und Gemeinden gilt dieser Grundsatz offensichtlich nicht. Die lassen das betrügerische Spiel, fast ohne zu murren, mit sich treiben. Warum?

Die Antwort fällt leicht: Das Niedrigangebot am Anfang, bei dem alsbald das gnadenlos überteuerte dicke Ende nachkommt, ist Teil des politischen Spiels, das lokale Wirtschaft und lokale Politiker auf Kosten der Bürger treiben. Da herrscht ein klammheimliches Einverständnis zwischen Kommunalpolitikern und örtlicher Wirtschaft.

Es ist eine insgeheime Amigo-Kumpanei aus gemeinsamem Interesse: Die Kommunalpolitiker wollen ihre Großprojekte durchboxen, und die kommunale Wirtschaft will satte Gewinne machen.

Das Kalkül der Politiker ist ebenso klar wie durchtrieben: Es sähe ja ganz schlecht aus, wenn sie für große Bauprojekte von Anfang an realistische Preise ansetzen müssten. Man kann der eigenen Bevölkerung doch unmöglich reinen Wein einschenken. Dann würden die schönen Großprotzprojekte gleich abgelehnt und fänden in der Öffentlichkeit keine Befürworter. Es ist halt am besten, man fängt erst einmal ganz bescheiden an und gaukelt den Leuten vor, dass sie da ein Schnäppchen bezahlen dürfen. Kostet ja kaum ‘was.

Also bieten die örtlichen Baufirmen von vornherein weltfremde Niedrigstpreise. Es ist auch den Kommunalpolitikern von vornherein klar, dass diese Preise nicht zu halten sind. Macht aber nichts;

denn die Preise sollen ja auch gar nicht gehalten werden.

So werden die Aufträge durch den Stadt- oder Gemeinderat durchgeboxt und finden wegen der moderaten Preise auch in der breiten Öffentlichkeit Akzeptanz. Und wenn man das Projekt dann erst einmal in der Realisierung hat, kann man ja immer noch die richtigen Preise ansetzen und die später öfter noch ein paar Mal anheben.

Begründungen kann man ja nach Bedarf nachliefern: Die Preise sind gestiegen. Die Rohstoffe werden immer teurer. Es hat sich zusätzlicher Bedarf ergeben. Es wurde erhebliche Mehrarbeit erforderlich. Und überhaupt und sowieso…

Der kreativen Phantasie beim Erfinden von Ausreden sind da keine Grenzen gesetzt. In der Umsetzungsphase ist ein Ausstieg aus einem laufenden Bauprojekt in aller Regel sehr viel teurer als vorher und für die Stadt oder Gemeinde kaum noch möglich. Also kriegt man das sicher durchgeboxt. Darauf kann man sich verlassen.

---

**URL dieses Artikels:**

https://www.heise.de/-3365531

**Links in diesem Artikel:**

**[1]** https://www.heise.de/tp/features/Im-Land-der-Brunnenvergifter-3365422.html

**[2]** http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14349794.html

**[3]** https://www.heise.de/tp/features/Der-geschmierte-Pleitegeier-3365531.html?view=fussnoten#f_1

*Copyright © 2014 Heise Medien*